

**Hans-Werner Sinn, April 2018: Falsche Steuerpolitik** (Gelbmarkierungen hinzugefügt)

**Rund acht Millionen Bürger bekommen in Deutschland staatliche Hilfen wie Hartz IV. Star-Ökonom Hans-Werner Sinn und andere Experten halten die deutsche Sozial- und damit die Arbeitsmarktpolitik für vollkommen falsch konzipiert. Was sich aus Sicht des früheren Ifo-Chefs ändern muss.**

Hierzulande erhalten laut Statistischem Bundesamt (Destatis, Stand Ende 2016) Millionen Menschen – vor allem mit niedrigerem Bildungsstand – soziale Mindestsicherungsleistungen wie Sozialgeld oder Arbeitslosengeld I oder II (umgangssprachlich ALG II oder Hartz IV genannt).

### **Der Staat bestraft Hinzuverdiener**

Das Problem: Für diese Gruppe lohnt es sich kaum, selbst etwas dazuzuverdienen, weil der Staat diesen Verdienst fast vollständig abschöpft. Lange Zeit wurden 100 Prozent des selbst erarbeiteten zusätzlichen Lohns von den Sozialleistungen abgezogen, derzeit sind es (über einen geringen Freibetrag hinaus) immer noch bis zu 80 Prozent.

Das Fernbleiben vom Arbeitsmarkt birgt aber keineswegs nur monetäre Nachteile. Sinn schreibt: „Arbeitslosigkeit bedeutet soziale Ausgrenzung, bedeutet, dass Kinder lernen, wie man vom Sozialamt lebt, bedeutet, dass sie deshalb geächtet aufwachsen, bedeutet, dass ihnen von vornherein Chancen verbaut sind.“

Bitteres Fazit: Das hehre Ziel, gering qualifizierte Menschen zu unterstützen, wird durch die praktizierte Sozialpolitik eher untergraben als erreicht.

### **Die ökonomische Erklärung: Echte Anreize setzen**

Die Wirtschaftswissenschaftler Alfred Boss, Björn Christensen und Klaus Schrader haben in einem Beitrag für das Kieler Institut für Weltwirtschaft die Grundlagen der Anreizproblematik am Arbeitsmarkt so zusammengefasst:

Grundsätzlich gehen von einer Lohnersatzleistung wie dem ALG II dann keine Anreize aus, eine reguläre, sozialversicherungspflichtige Beschäftigung aufzunehmen, wenn der Lohnabstand zu gering erscheint. Denn die Arbeitslosigkeit hat infolge des ALG II ebenso wie die Erwerbstätigkeit einen Barwert künftiger Einnahmen, der beim ALG II noch durch einen „Barwert“ des künftigen Nutzens aus Freizeit ergänzt wird.

Arbeit lohnt sich, wenn der Kapitalwert der Arbeit – bestimmt durch den Arbeitslohn – größer ist als der Kapitalwert der Arbeitslosigkeit – bestimmt durch die Höhe des ALG II und des Freizeitnutzens. Damit beeinflusst unter anderem das ALG II die Ansprüche an das potenzielle Einkommen aus Beschäftigung, das heißt den sogenannten Anspruchslohn beziehungsweise Akzeptanzlohn, der angibt, bei welchem Lohnniveau Arbeit aufgenommen wird.

Übersetzt heißt das: Je höher die Transferleistungen ausfallen und je weniger man von etwaigen Zuverdiensten behalten darf, desto geringer ist die Motivation, an den Arbeitsmarkt zurückzukehren – mit all den negativen Folgen wie Erosion des Fachwissens und sozialer Kompetenzen.

### **Sinn empfiehlt: Staatliche Belastung von Zusatzeinkünften deckeln**

Dieses Motto in der Arbeitsmarktforschung ist simpel und sinnvoll: Jeder, der arbeiten will, muss arbeiten können und dann genug zum Leben haben. Weil das bei Geringqualifizierten keineswegs selbstverständlich ist, schlägt Sinn vor, die Belastung von Zusatzeinkünften auf maximal 50 Prozent zu begrenzen und gleichzeitig Lohnzuschüsse aus öffentlichen Kassen zu gewähren. Die Beschäftigten in unteren Lohnsegmenten erhalten dann quasi zwei Einkommen – eines vom Staat und ein selbst erarbeitetes. „Aktivierende Sozialhilfe“ nennt das Sinn im Unterschied zu der passiv machenden Unterstützungspolitik, die derzeit praktiziert wird.

Durch die zwei Komponenten der Einkünfte der Arbeitnehmer werden die Lohnkosten, die Unternehmen zahlen müssen, entkoppelt von den Einkommen der Arbeitnehmer (sinken also). Nur so können in einer Marktwirtschaft ausreichend rentable Jobs aufrechterhalten werden oder neu entstehen, damit ein Großteil der Geringqualifizierten Arbeit bekommt. Dem Mindestlohn hingegen erteilt Ökonom Sinn eine klare Absage. Denn dieser erschwere es Unternehmen, rentabel zu wirtschaften – bis hin zu Verlusten. Wenn man Firmen dazu zwingt, hat man „keine Marktwirtschaft mehr, sondern eine Zentralverwaltungswirtschaft“. „Mindesteinkommen statt Mindestlohn“, heißt daher die Devise.

### **Warum es jetzt nicht funktioniert: Mehr Schein als Sein**

Zwar hat die Bundesregierung auf die Kritik zahlreicher Wissenschaftler an der mangelnden Möglichkeit von Geringverdienern, ausreichend dazuverdienen zu können, reagiert. Allerdings ist die Senkung von 100 Prozent, die der Fiskus vom Zusatzverdienst einkassiert, auf 80 Prozent viel zu gering, um eine nennenswerte Wirkung zu erzielen – und keine echte Reform. Der symbolische Schritt motiviert kaum jemanden, einen Job aufzunehmen. Daran ändert auch das gesetzlich verankerte „Lohnabstandsgebot“ kaum etwas, das sicherstellen soll, dass Menschen, die Vollzeit arbeiten, nicht weniger in der Kasse haben als Transferempfänger. Auch bei dieser Regelung ist der Anreiz, Arbeit zu suchen, zu gering.

Kein gutes Haar lässt Professor Sinn auch an der Einführung des Mindestlohns durch die Bundeskanzlerin Merkel und ihre Minister. Mit diesem Schritt sei die Grundidee der Agenda 2010, die sehr positive Impulse für den Arbeitsmarkt hervorgebracht habe, „umgedreht und zunichte gemacht“ worden. Denn die Grundidee bestand ja darin, den effektiven Mindestlohn im deutschen Sozialsystem zu senken und dadurch einen Niedriglohnsektor zu schaffen, der möglichst vielen Geringqualifizierten die Teilhabe am Erwerbsleben wieder ermöglicht.

Merkel, so kritisiert Sinn, habe diese unzeitgemäße Wirtschaftspolitik zu verantworten. Für den Ökonomen kommt die Rechnung noch: „Die langfristig schädlichen Wirkungen ihrer rückwärts-gewandten Politik, die sich zeigen werden, wenn die (...) Sonderfaktoren für die derzeit boomende deutsche Konjunktur weggefallen sind, wird Angela Merkel ihren Nachfolgern vererben.“

Quelle: [https://www.focus.de/finanzen/news/hans-werner-sinn-deutsche-politik-setzt-bei-hartz-iv-falsche-anreize\\_id\\_8747231.html](https://www.focus.de/finanzen/news/hans-werner-sinn-deutsche-politik-setzt-bei-hartz-iv-falsche-anreize_id_8747231.html) vom 12. April 2018